Die Krisis in Preußen beigelegt.

Einigung in der Grundsteuerfrage.

Im preußischen Landtag sind die Anzeichen einer ernsten Regierungskrise, die sich bemerkbar machten, wieder schnell verschwunden. Die interfraktionellen Beratungen der Regierungsparteien haben dazu geführt, daß ein Kompromiß über die Grundsteuer erreicht worden ist. Dazu drahtet das Wolffbüro:

Die Zentrumsfraktion des Landtages hat heute vormittag zur Grundsteuerfrage eine Entschließung gefaßt nach der das Zentrum den von der Regierung mit den übrigen Mehrheitsparteien bereits vereinbarten Entwurf einer Grundsteuervorlage ebenfalls annimmt. Damit ist die Regierungsmehrheit in der Grundsteuerfrage einig geworden und die drohende Kabinettskrisis beseitigt. Wie dazu noch mitgeteilt wird, wird das Zentrum auf seinen Antrag, der die Herabsetzung der Grundsteuer um 20 Prozent verlangt, verzichten, während die Regierung den Wünschen des Zentrums in der Staffelungsfrage entgegenkommen will.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages beendigte in der heutigen Nachmittagssitzung die Beratung über die Grundsteuer. Man einigte sich auf eine Ermäßigung der Sätze für die Landwirtschaft. Es wurden folgende Sätze festgesetzt: für die ersten 10 000 M. 10 Pf., für die nächsten 30 000 M. 15., für die nächsten 60 000 M. 20 Pf., für die nächsten 100 000 M. 25 Pf. Die Wirtschaftseinheit ist 200 000 Mark. Ueber 200 000 M. gilt allgemein der Satz von 25 Pf. Ob in dieser Fassung die Vorlage in der Schlußabstimmung endgültig durchgeht, steht noch dahin.

Macdonald an Poincare.

Macdonald sandte Poincare am Montag durch den englischen Botschafter einen offenherzigen, aber höflichen persönlichen Brief, worin er die zunehmende Entfremdung beider Völker und die britische Stimmung, wie sie auch in dem „Quotidien"-Interview zum Ausdruck kam, feststellt und sich bereit erklärt, Poincare zur Erreichung eines endgültigen und klaren Abkommens halbwegs entgegenzukommen mit dem Ausdruck der Hoffnung, Poincare werde den gleichen versöhnlichen Geist zeigen, womit er selbst alle Streitfragen zu erörtern bereit ist.

Auf dieses Schreiben soll Poincare in versöhnlichem Tone geantwortet haben. Die Meinungen über den Erfolg dieses Briefwechsels gehen allerdings auseinander. Vor allem bleibt das „Echo de Paris" skeptisch und glaubt nicht, daß es in der Reparations- und Sicherheitsfrage zu einer Einigung kommen kann.

„Petit Parisien" will aus dem Briefe Macdonalds den Beweis erblicken, daß auch er erkannt habe, daß ein Bruch verhängnisvoll sein könnte, da Macdonald stets seinen Willen bekundet habe, alles zu tun, um die britischen mit den französischen Interessen in Uebereinklang zu bringen.

Der Wiederaufbauskandal in der französischen Kammer.

In der Kammer dauerte die Auseinandersetzung über die Mißbräuche bei der Berechnung des Schadenersatzanspruches an. Der sozialistische Abgeordnete Inghel, der in Paris seit Jahren gegen diesen Schaden ankämpft, schätzt den Betrag, auf dessen Rückerstattung der Staat Anspruch habe, auf 3 Milliarden. Der Minister für die besetzten Gebiete Reibel führte aus, als er das Ministerium übernommen habe, seien bereits 40 Milliarden für Schäden ausgezahlt gewesen. Man habe die Gesamtsumme auf 146 Milliarden geschätzt und angenommen, daß man nicht mehr als etwa 100 Milliarden auszuzahlen habe. Die endgültige Schätzung habe jedoch eine geringere Summe, nämlich 82 Milliarden ergeben. Das sei unter seinem Ministerium geschehen. Alle, die den Staat geschädigt haben, würden strafrechtlich verfolgt werden. Die Weiterberatung der Gesetzentwürfe der Regierung wurde sodann auf morgen vertagt.

Letzte politische Meldungen.

Aufhebung des Belagerungszustandes? Wie es heißt, beabsichtigt die Reichsregierung, nachdem auch bei verschiedenen Regierungsparteien der Ausnahmezustand eine überaus scharfe Ablehnung erfahren hat, in Kürze zu seiner Aufhebung zu schreiten, doch sollen die Anordnungen des Militär-Oberbefehlshabers in bezug auf das Verbot der Kommunistischen und der Deutschvölkischen Partei auch nach der Aufhebung noch in gewissem Sinne für eine bestimmte Zeit in Kraft bleiben.

Rechberg abgelehnt. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat in ihrer gestrigen Sitzung Rechbergs Anerbieten abgelehnt, ihn über seine Pariser Verhandlungen zu hören. Arnold Rechberg hatte in einem Schreiben an die Zentrumsfraktion des Reichstages gebeten, in einer besonderen Sitzung der Fraktion seine Reparationspläne entwickeln zu dürfen, nachdem der Reichskanzler es abgelehnt hatte, Rechberg zu empfangen.

Der 9-Stundentag und die Eisenbahn. Zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und Gewerkschaftsvertretern fand gestern eine Aussprache über die Frage des 9-Stundentages bei der Eisenbahn statt. Das Reichsverkehrsministerium erklärte sich bereit, für den 9-Stundentag 8½ Stunden zu bezahlen. Die Gewerkschaftsvertreter fordern für die 9. Arbeitsstunde nicht nur den vollen Stundenlohn, sondern noch einen Ueberstundenzuschlag. Da eine Einigung nicht zustandekam, wird jetzt wahrscheinlich der Vorschlag des Reichsverkehrsministeriums in der Lohnregelung auf dem Verordnungswege durchgeführt werden.

Eine kommunistische Wahlzeitung in Thüringen. Der Kommunistischen Partei in Thüringen ist vom Militärbefehlshaber die Herausgabe einer Wahlzeitung erlaubt worden. Die Wahlzeitung wird in der Druck[illegible] neuen Zeitung hergestellt und er[illegible] fange von vier Seiten.

Eine Milderung der italienischen Schulverordnung? Aus Rom berichten die Blätter, daß die Generaldirektion für den Volksschulunterricht im Unterrichtsministerium soeben neue Bestimmungen ausgearbeitet habe, die den Volksschulunterricht in den nichtitalienischen Gebieten betreffen. Darnach sei der Gebrauch der Muttersprache für den Religionsunterricht überhaupt und für alle Gegenstände in der ersten Volksschulklasse vorgeschrieben, während die italienische Sprache Unterrichtssprache von der zweiten bis zur fünften Klasse sein soll. Doch soll auch in diesen Klassen die Muttersprache als Hilfssprache erhalten bleiben. Das ist eine, wenn auch bescheidene Milderung der rigorosen Bestimmungen und zweifellos ein Erfolg der Bürgermeisterabordnung, die unmittelbar zu Mussolini gegangen war. Freilich ist auch der jetzige Zustand mit den Forderungen des Minderheitenschutzvertrages, den auch Italien als — für die anderen — gültig unterschrieben hat, durchaus nicht im Einklang.

Venizelos will zurücktreten? Havas meldet aus Athen, Venizelos sei gezwungen, infolge des schweren Anfalles, den er in der gestrigen Nationalversammlung erlitten habe, einige Tage der Ruhe zu pflegen. Nach Privatmeldungen aus Athen soll der Gesundheitszustand Venizelos wenn auch nicht ernst, so doch derart sein, daß er den Wunsch geäußert habe, die Leitung der Regierung niederzulegen. In diesem Falle wird wahrscheinlich der Minister des Aeußeren, Rosow, das Ministerpräsidium übernehmen.

Von Stadt und Land.

Aue, 31. Januar.

Die Reform des höheren Schulwesens in Sachsen.

Ministerialrat Dr. Mencke-Glückert mit den Vorarbeiten betraut.

Wie die „L. N. N." aus Dresden erfahren, hat sich der von dem früheren Volksbildungsminister Fleißner an den Oberregierungsrat Dr. Wünsche erteilte Auftrag, einen Entwurf zur Umgestaltung des höheren Schulwesens in Sachsen auszuarbeiten, erledigt. Mit der Vorbereitung und Aufstellung dieses Entwurfes ist von dem neuen Volksbildungsminister Dr. Kaiser der Dezernent für das höhere Schulwesen in Sachsen, Ministerialrat Dr. Mencke-Glückert beauftragt worden.

Hoffentlich findet nunmehr diese Frage, die so viel Staub aufgewirbelt und Aergernis erregt hat, durch einen wirklichen Fachmann eine befriedigende Lösung.

Der aufgehobene Schulbücherindex. Unter Fleißnerschem Kulturregime war durch den wohlbekannten Regierungsrat Dr. Wünsche eine ganze Reihe anerkannter Schulbücher für höhere Lehranstalten verboten worden, deren Tendenz für das Bestehen der Republik gefährlich sein sollte. Die Verantwortung dafür, daß diese Bücher auch wirklich nicht mehr im Unterricht benutzt werden würden, war liebenswürdigerweise gleich der Lehrerschaft an den höheren Schulen aufgebürdet worden. Die Eltern hätten außerdem für vieles Geld neue Schulbücher anschaffen müssen. Dieser unglückselige Index soll jetzt aufgehoben werden. Die Tendenz der Lehrbücher soll da wir nun einmal eine Republik sind, selbstverständlich nicht antirepublikanisch sein, aber alle Sachen, die kulturellen Wert besitzen, auch wenn sie so etwas wie monarchisch sind, auch Kriegsschilderungen und religiöse Stoffe, dürfen beibehalten werden. Nur rein konfessionelle Streitliteratur zum Beispiel bleibt verboten. Im übrigen wird man sich wohl mehr auf die Handhabung des Unterrichts, der eine monarchische Tendenz vermeidet als auf eine brutale Vernichtung des Gedruckten verlassen, und man wird auf diese Weise ungleich mehr freiheitlichen Geist entwickeln, als durch Maßnahmen wie die Fleißner-Wünsche-„Reformen".

Reichs- und Großhandelsindex. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag den 28. Januar, auf das 1,06billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche ist eine Abnahme von 1,9 Prozent zu verzeichnen. Die auf den Stichtag des 29. Januar errechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stand vom 22. Januar (115,7) einen weiteren Rückgang um 0,8 auf 114,8 Prozent, der im Wesentlichen durch die Senkung der Getreide- und Fleischpreise bewirkt wurde.

Arbeitsmarktbericht für die Zeit vom 20. bis 26. Januar. Die auf dem sächsischen Arbeitsmarkt in der vorigen Woche festgestellte Besserung hat weitere Fortschritte gemacht; die Zahl der Vollerwerbslosen und die der Kurzarbeiter, die sich vom 1. bis 15. Januar bereits um 9164 bezw. 40 307 Personen verringert hatte, hat eine weitere Abnahme erfahren. Immerhin ließ aber die Gesamtarbeitsmarktlage eine gewisse Einheitlichkeit noch vermissen; denn während in einzelnen Orten bestimmte Industriezweige und Berufsgruppen guter Geschäftsgang aufwiesen und aufnahmefähig für Arbeitsuchende waren, griff man in anderen Orten in Betrieben und Unternehmungen gleicher Art abermals zur Kurzarbeit oder zu Entlassungen. Dies war insbesondere in der Metallindustrie der Fall, aber auch in der Papier- und Lederindustrie, sowie im Holzgewerbe waren ähnliche Verhältnisse zu beobachten. Ungünstig blieb die Lage noch im Nahrungs-, Genußmittel- und Bekleidungsgewerbe, sowie allgemein für kaufmännische Bureauangestellte und in der Gruppe der ungelernten Arbeiter beschränkte sich in dieser Woche die Nachfrage in der Hauptsache auf jugendliche Personen.

Warnung vor unberechtigter Einreise nach Lettland. In letzter Zeit haben sich die Fälle gehäuft, daß deutsche Reichsangehörige widerrechtlich, d. h. ohne die Einreiseerlaubnis der lettländischen Behörden zu besitzen, nach Lettland gekommen sind. In der Regel handelt es sich um mittellose Personen. Die lettländischen Behörden haben in den letzten Monaten eine ganze Anzahl solcher deutscher Reichsangehöriger wegen unbefugter Grenzüberschreitung mit Arrest und Ausweisung bestraft. Den amtlichen deutschen Vertretungen im Auslande ist es schon mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage des Reiches nicht möglich, die betreffenden Personen kostenlos heimzuschaffen. Andererseits bietet sich in Lettland für stellenlose Reichsangehörige zurzeit nicht die geringste Aussicht, das Arbeits- und Aufenthaltsrecht zu erhalten, selbst bei Nachweis einer Beschäftigung. Die lettländische Regierung erteilt fremden Staatsangehörigen das Aufenthaltsrecht nur dann, wenn die Fremden bereits vor dem Weltkriege in Lettland ansässig waren und mit den einheimischen Berufsklassen nicht in Wettbewerb treten. Es muß daher vor unberechtigten und zwecklosen Reisen nach Lettland dringend gewarnt werden.

Von der Nordischen Messe. Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der Nordischen Messe in Kiel. Der Reichsminister der Justiz hat durch Bekanntmachung verfügt, daß der durch das Gesetz vom 18. März 1904 vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen für die vom 23. bis 26. März 1924 stattfindende Nordische Messe in Kiel eintritt. Wegen der Bescheinigung über das erfolgte Ausstellen des betreffenden Gegenstandes auf der Nordischen Messe wende man sich an das Meßamt der Nordischen Messe in Kiel.

Die Kommunisten angriffsbereit. Noch sind die Zusammenstöße in Alberoda und Schwarzenberg in guter Erinnerung und auch die Demonstrationen in Aue noch nicht vergessen. Von den Sprengattentaten in Hohenstein-Ernstthal haben wir gestern berichtet. Es besteht die begründete Befürchtung, daß Anfang Februar die Kommunisten ein schärferes Vorgehen durchführen wollen. Man hat dafür eine Reihe von Anhaltspunkten. Die polizeilichen Organe werden den kommenden Dingen mit Entschiedenheit entgegentreten.

Angestelltenversicherung betr. In der Zeit vom 1. bis 20. Februar 1924 werden Revisionen über die rechtzeitige und vollständige Entrichtung der Beiträge zur Angestelltenversicherung durch einen Revisor der Reichsversicherungsanstalt stattfinden. Es wird gebeten, alle hierzu erforderlichen Unterlagen (Versicherungskarten, Gehaltslisten usw.) bereit zu halten.

Oberkirchenrat Thomas wird, nachdem sein Gesuch vom Evv.-luth. Landeskonsistorium genehmigt worden ist, am 30. April d. J. in den Ruhestand treten. Die erste Pfarrerstelle in Schneeberg wird auf das von den kirchlichen Gemeindevertretungen dem Landeskonsistorium vorgelegte Gesuch bis zum 30. April k. Jahres offen gehalten werden. Zum Ephorenverweser ist für die genannte Zeit Pfarer Hausse-Schwarzenberg von dem Landeskonsistorium ernannt worden.

Kirchensteuer betr. Vom Pfarramt St. Nikolai wird uns geschrieben: Laut Bekanntmachung des Stadtsteueramtes ist bei diesem innerhalb der nächsten Woche eine weitere Kirchensteuer auf das Rechnungsjahr 1923/24 zu bezahlen. Sie beträgt ¾ Goldpfennig für je eine Papiermark des 1923er Kirchensteuerbetrags. Wer also damals z. B. 200 Mark Kirchensteuer bezahlte, hat jetzt 1,50 Mark zu bezahlen. Die gegenwärtige Steuer ist demnach eine verhältnismäßig niedrige. Sie ist vom Landeskonsistorium deshalb so gering bemessen worden, weil in den meisten Kirchgemeinden für 1923 bereits freiwillige Notopfer gesammelt worden sind. Diese sind natürlich bei der jetzigen Kirchensteuer nicht in Anrechnung zu bringen. Unsere Auer Kirchgemeinden dagegen haben nicht Notopfer, sondern monatliche Kirchensteuern erhoben. Deswegen muß der Steuerzahler jetzt, wo voraussichtlich die letzte Kirchensteuer auf 1923/24 erhoben wird, die Möglichkeit haben, die von ihm im Jahre 1923 vorausgezahlten Kirchensteuerbeträge sich von der Kirchgemeinde zurückzahlen zu lassen. Aber auch bei Aufwertung werden diese immer nur einen sehr kleinen Geldbetrag, meist nur Pfennige, ausmachen. Das liegt eben in der traurigen Geldentwertung und läßt sich kaum ändern. Und es wird sich kaum lohnen, abgesehen von der vielen Arbeit, die damit verbunden ist, diese Beträge abzuheben. Jedenfalls sind die Kirchkassen vor dem 15. Februar dazu nicht in der Lage. Denn sie haben sich auch bei den monatlichen Kirchensteuern kaum durchhelfen können und verfügen, da vom neuen Jahre an keine Monatsbeiträge mehr gesammelt werden, gegenwärtig über sehr schwache Mittel. Die Kirchgemeindeglieder werden gewiß den schwierigen kirchlichen Verhältnissen, wie sie lagen und noch heute liegen, das rechte Verständnis entgegenbringen. Die Auer Kirchgemeinden haben sich stets durch besonderen kirchlichen Sinn und große Opferwilligkeit ausgezeichnet und werden ihn gewiß auch hier wieder bewähren.

Museumsblätter. Der heutigen Auflage ist als Sonderbeilage der zweite Bogen unserer Museumsblätter beigegeben. Den Inhalt bestreiten Archivdirektor Dr. Tille (Weimar), dessen Aufsatz „Wie forscht man Ortsgeschichte?" nunmehr abgeschlossen wird und Dr. Siegfried Sieber, der zunächst nach alten Urkunden die Geschichte der Konradswiese darstellt, weiter Auszüge aus Magister Lehmanns berühmtem erzgebirgischen „Schauplatz" bietet als „Anmerkungen über Aue" und endlich Pfarrer Beyers neue Beierfelder Chronik ausführlich bespricht. Die Museumsblätter sind so eingerichtet, daß sie später gebunden ein wertvolles heimatgeschichtliches Buch ergeben. Deshalb empfehlen wir, diese Beilagen aufzubewahren.

Sonnenaufgang am 1. Februar 7,40, Sonnenuntergang 4,48, Mondaufgang 4,13 nachts, Monduntergang 1,15 mittags.

Gerichtssaal.

Schwere Strafen wegen Landfriedensbruchs. Im Genshiner Landfriedensbruch (Magdeburg) verurteilte das Sondergericht die beiden Rädelsführer wegen schweren Landfriedensbruches zu je 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, 6 Angeklagte wegen einfachen Landfriedensbruches bezw. Aufreizung zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis 1¼ Jahren. Die übrigen Angeklagten wurden zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die zurzeit der Straftat herrschende Not der Landarbeiterschaft wurde als mildernder Umstand berücksichtigt.

Letzte Drahtnachrichten

Ministerabbau in Bayern.

München, 30. Januar. Der bayrische Ministerrat hat beschlossen, daß die bei Ausbruch der Revolution errichteten Ministerien für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe und soziale Förderung auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 31. Dezember 1923 aufzulösen und den Ministerien des Innern bezw. Aeußern einzuverleiben sind.

Separatistenübergriffe.

Pirmasens, 30. Januar. Gestern nachmittag drangen auswärtige Separatisten in das Stadthaus ein und verhafteten alle anwesenden Polizeibeamten. Einige Schutzleute, die während der Verhaftung ihrer Kollegen auf der Straße Dienst hatten, wurden von den Separatisten schwer mißhandelt. Die Festgenommenen wurden heute früh nach Speyer gebracht.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: [illegible]
Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellsch. m. b. H. Aue